Fast einstimmig: Stadträte setzen gegen OB Spec neuen Eigenbetrieb durch 17.12.11

Zentrale Organisationseinheit für Hallenmanagement, Tourismus und Stadtmarketing

Die neu gebündelte Zuständigkeit für Hallenmanagement, Tourismus und Stadtmarketing wird weder in eine GmbH ausgegliedert, noch bleiben die Bereiche ein Teil der normalen Stadtverwaltung. Die große Mehrheit des Gemeinderats will eine Art Mittelweg gehen: einen sogenannten Eigenbetrieb.

VON PETER MAIER-STEIN

Ein Eigenbetrieb ist zwar im Rathaus angesiedelt, wird aber anders als ein Fachbereich als wirtschaftlich getrennte Organisationseinheit mit einem Betriebsleiter geführt. Dessen Stelle soll nach der Entscheidung vom Donnerstag im Gemeinderat jetzt ausgeschrieben werden.

Bereits zwei Tage zuvor war im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung hinter verschlossenen Türen die Vorentscheidung gefallen. Die Befürworter einer vollständig ausgegliederten GmbH-Lösung hatten dort erkennen müssen, dass sie im Gemeinderat eine Mehrheit verfehlen würden. CDU, FW und FDP forderten deshalb in einem gemeinsamen Antrag den Weg hin zu einem Eigenbetrieb. Trotz des offenbar heftigen Widerstands von Oberbürgermeister Werner Spec fand sich dafür eine große Mehrheit, die sich dann auch am Donnerstag im Gemeinderat im Abstimmungsergebnis widerspiegelte: Die drei Antragsteller votierten gemeinsam mit der SPD, Lubu und Linke für den Eigenbetrieb.

Die fraktionslose Stadträtin Edeltraud Lange stimmte dagegen, sie blieb bei der Forderung nach einer GmbH. Die Grünen enthielten sich der Stimme, hatten sich zuvor vor allem gegen eine GmbH-Lösung gewandt. „Wir würden damit teure Doppelstrukturen schaffen und wegen des Geschäftsführers hohe Kosten verursachen", sagte Edith Haberzeth-Grau. Auch Werner Hillenbrand (Linke) wandte sich gegen eine GmbH, stimmte aber mit Elga Burkhardt (Lubu) für den Eigenbetrieb. „Es ist demokratischer, wenn eine solche Aufgabe im Einflussbereich der Politik bleibt und nicht über eine GmbH zu weit weg gerückt wird", sagte Hillenbrand.

Werner Spec warb im Gemeinderat bis zuletzt dafür, die Aufgaben in einem Fachbereich zu bündeln. „Es hat sich im Forum und in der Arena gezeigt, dass die Verwaltung solchen Aufgaben gewachsen ist."

CDU, FW und FDP blieben aber auf ihrem Kurs. „Angesichts des harten Wettbewerbs auf dem Markt der Veranstaltungshallen bietet ein Fachbereich für diese Aufgaben zu wenig Flexibilität, wir brauchen hier das Handwerkszeug des Marktes, um zu bestehen", sagte Elke Kreiser (CDU). Reinhardt Weiss kam bei seiner Abwägung zu einem ganz anderen Ergebnis als die Stadtverwaltung, sah die weitaus größeren Vorteile bei einer GmbH – etwa die zeitliche Befristung der Führungsposition, deren hohe Eigenverantwortung und Entscheidungsbefugnis. Er akzeptierte aber den Eigenbetrieb ebenso wie Johann Heer (FDP), „obwohl die GmbH auch unser Wille war". Für die SPD erklärte der Fraktionsvorsitzende Dr. Eckart Bohn, man sei immer für eine verwaltungsinterne Lösung gewesen, halte den etwas selbstständigeren Eigenbetrieb hier aber für besser als einen Fachbereich, „weil es nötig ist, die Verantwortlichkeiten klar zu regeln".

Betriebsdefizit der Arena: Neue Zahlen

Die Stadtverwaltung hat am Donnerstag dieser Woche im Gemeinderat neue Zahlen zum Betriebsdefizit der Arena vorgelegt. Für dieses Jahr rechnet man nicht mehr mit einem Betrag zwischen 450 000 und 600 000 Euro, sondern nach einem aktuellen vorläufigen Ergebnis noch mit einem Minus von 366 000 Euro. Für das nächste Jahr wurden die bisherigen Zahlen aus dem Wirtschaftsplan ebenfalls aktualisiert. Hier liegt die Prognose jetzt bei 460 000 Euro statt bisher 600 000 Euro. Dieses Minus könne sich weiter auf unter 400 000 verringern, wenn eine derzeit geplante mehrwöchige Ausstellung vollends zustande kommt, heißt es aus der Stadtverwaltung. Nähere Informationen zu dieser Ausstellung wurden nicht gegeben.

Ein Grund für die Korrekturen liegt offenbar darin begründet, dass Ausgaben über 100 000 Euro für die Behebung von Baumängeln, wie es heißt, fälscherweise beim Arena-Betrieb und nicht bei der städtischen Hochbauverwaltung verbucht worden seien. Die Stadt hofft, diese Kosten oder Teile zu einem späteren Zeitpunkt vom Bauherrn ersetzt zu bekommen.